Freitag, 11. Februar 2022, 13:00 Uhr
~12 Minuten Lesezeit

Das Ausstiegsszenario

Die Gesellschaft der „Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie e.V.“ legt ein Konzept für den Corona-Exit vor.

von MWGFD e.V.
Foto: JaneHYork/Shutterstock.com

Aus zwei Wochen „Kurven-Abflachen“ wurden zwei Jahre, in denen man eher unsere Grundrechte Stück für Stück abgeflacht hat. Dass diese Fehlentwicklung ungebremst und ungeachtet aller Verwerfungen

fortgesetzt wird, ist zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, dass die Beteiligten aus dieser Nummer nicht mehr herauskommen. Mit der ganzen „Pandemie“-Politik verhielt es sich wie mit einem schnell an Fahrt aufnehmenden Zug, bei dem ein unbeschadeter Absprung sehr rasch nicht mehr möglich war. Die Gesellschaft „Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie e.V.“ setzt sich seit Beginn des Ausnahmezustands dafür ein, dass Politik und Medien sich auf Verhältnismäßigkeit und ein Handeln auf Grundlage evidenzbasierter Zahlen, Daten und Fakten zurückbesinnen. In einem offenen Brief stellen sie ein Konzept für einen Corona-Exit vor.

Offener Brief

an die Bevölkerung
an alle politischen und administrativen Entscheidungsträger der Judikativen,
der Exekutiven und der Legislativen im Bund, in den Ländern und auf Kommunalebene

mit der Bitte um Weiterleitung dieser wichtigen Informationen auch an alle nachgeordneten Mitarbeiter.

Sehr geehrter Empfänger dieses Schreibens, sehr geehrte Damen und Herren,

seit fast zwei Jahren setzen wir uns als Mediziner und Wissenschaftler intensiv und kritisch mit den verschiedenen

Aspekten der „Corona-Pandemie“ auseinander. Wir sind zu der festen Überzeugung gelangt, dass die derzeitigen politischen Präventiv- und Immunisierungsstrategien mehr unerwünschte und schädliche Nebeneffekte als Nutzen bringen, keineswegs alternativlos sind, dringend einen grundlegenden Paradigmenwechsel und möglichst breitgefächerte, wissenschaftlich basierte Diskussionen brauchen.

Menschen sind von der Natur mit einer sehr wirksamen Abwehr gegen Infektionen durch Bakterien oder Viren ausgestattet. Wir halten daher die bisherige Strategie, die ausschließlich auf Kontaktvermeidung, auf Massentestungen und den Großversuch einer Immunisierung setzt, für untauglich, unverhältnismäßig und für medizinisch sehr gefährlich.

> ***Wir plädieren dafür, diese Politik in einem breiten gesellschaftlichen Diskurs zu überdenken, Alternativen zuzulassen und zu erproben. Was nicht evidenzbasiert ist, kann nicht alternativlos sein.***

Maßnahmen, die Angst und Panik verbreiten, sind kontraindiziert und verstärken den Schaden für Einzelne und die Gesamtbevölkerung. Bei unsicherer Faktenlage sind sozialer Zusammenhalt und eine vernunftgesteuerte, umsichtige und wahrhaftige Kommunikation die Basis für wirkungsvolle Maßnahmen.

Wir lehnen uns an die „**Great-Barrington-Declaration** (https://gbdeclaration.org/)“ an. Sie wurde von hochrangigen Wissenschaftlern und Ärzten ausgearbeitet und bisher bereits von über 900.000 Menschen, davon über 15.000 Wissenschaftler und über 45.000 Ärzte, unterzeichnet.

Unsere erarbeiteten Lösungsvorschläge beruhen allesamt auf wissenschaftlicher Evidenz und können zu einem sehr kurzfristigen

und kostengünstigen Ausstieg aus der „Corona-Krise“ beitragen. Um den Text besser lesbar zu machen, präsentieren wir eine Kurzfassung und liefern in der Langfassung detaillierte Argumente, Daten und Begründungen.

1. Forderung: Sofortige Einstellung der COVID-Impfungen und insbesondere der COVID-Impfpflicht

Die Datenlage erfordert den sofortigen Stopp der Anwendung dieser unnötigen und gesundheitsschädigenden gentechnischen Immunisierungsversuche. Die experimentelle sogenannte „Impfung“, insbesondere von Kindern, mit den beschriebenen bisher nur bedingt zugelassenen vier COVID-„Impfstoffen“ ist durch nichts zu rechtfertigen, da völlig sinnlos und riskant.

2. Forderung: Beendigung sämtlicher nicht evidenzbasierter nicht-pharmazeutischer Maßnahmen (NPI‘s), wie Lockdowns, Schulschließungen, Maskenpflicht im öffentlichen Raum, Isolation, Quarantäne, Kontaktverfolgung, Abstandsregeln, sowie RT-PCR- und Antigenschnelltests bei Menschen ohne Krankheitssymptome und sofortige Öffnung der Sportstätten, Gaststätten, Kirchen und Kultureinrichtungen für alle ohne Zugangsbedingungen

Zahlreiche wissenschaftliche Studien zeigen: Die nicht-pharmazeutischen Maßnahmen (NPIs) tragen nicht zu einer Verhinderung von Todesfällen und schweren Erkrankungsfällen bei; der „stringency index“, also die Summe aller Maßnahmen eines Staates über eine gewisse Zeit hinweg, ist weder mit den Covid-19-Fällen noch mit den Todesfällen korreliert. Stattdessen sollte ein Appell an Menschenverstand und Vernunft zur Einhaltung der bewährten Hygieneregeln, wie Husten- und Nießetikette, das Zuhause-bleiben von Kranken ausreichen. Eine proaktive öffentliche Gesundheitsversorgung, die es ermöglicht, kranke Menschen zuhause zu versorgen, dürfte mehr bewirken als alle Impfkampagnen.

Kultur-, Gast- und Sportstätten und Kirchen sind wichtige soziale Treffpunkte. Sie erfüllen grundlegende Bedürfnisse nach Geselligkeit und sozialer Teilhabe, die wiederum ein zentrales Element im komplexen Gewebe menschlicher Resilienz und Immunität darstellen. Das Schließen dieser Einrichtungen beziehungsweise die Beschränkung des Zugangs auf bestimmte gesellschaftliche Gruppen nach einem sehr dubiosen Standard (2G, 3G), der sachlich nicht zu rechtfertigen ist, muss beendet werden.

3. Forderung: Pandemie-Management muss vernünftig gesteuert werden auf Basis von Wissenschaftlichkeit und Evidenz, unter anderem durch korrektes Testen wirklich Kranker und korrekte Erfassung der epidemischen Lage. Da dies seit zwei Jahren versäumt wurde, fordern wir den Rücktritt der bisherigen beratenden Experten.

Eine Testung auf Atemwegsviren ist aus medizinischer Sicht nur bei therapeutischen Konsequenzen, in der Regel nur bei schwer kranken hospitalisierten Patienten mit spezifischem (antiviralem) Therapiebedarf, bei Erkrankten im Rahmen des Überwachungssystems für Atemwegsinfekte und bei Angehörigen einer bis heute nicht existierenden epidemiologischen Studienkohorte sinnvoll. Bei den Testungen sollten differentialdiagnostisch immer auch Erkrankungen in Erwägung gezogen werden, die durch andere Atemwegsviren hervorgerufen werden.

Es sollten keine RT-qPCR-Tests mit Ct-Werten über 25 als positiv ausgewiesen werden. Außerdem sollten nur RT-qPCR-Tests auf mindestens drei Gene durchgeführt und die Diagnose COVID-19 nur in ärztlicher Zusammenschau mit Anamnese, Symptomatik und klinischen Befunden gestellt werden.

Es sollte hierbei stets eine Studienkohorte konstituiert werden, die für die Bevölkerung repräsentativ ist. Damit sollte eine longitudinale Erfassung und Überwachung einer allfälligen Epidemie von

nationaler Tragweite von SARS-CoV-2 erfolgen, in der Inzidenz, Prävalenz, Schweregrad der Erkrankung und Immunitätsstatus (Tests auf Antikörper und T-Zell-Immunität) erfasst werden.

Da dies nach über zwei Jahren nicht geschehen ist, sollten die bisherigen Experten durch ein interdisziplinäres beratendes Gremium aus unabhängigen Experten ersetzt werden.

4. Forderung: Erstellen leicht anwendbarer Konzepte zur Prävention und Frühbehandlung von COVID-19 und auch für die stationäre und gegebenenfalls intensivmedizinische Behandlung schwerer Verläufe

> ***Es gibt eine wirksame Prophylaxe gegen COVID-19 und andere Infektionskrankheiten, beispielsweise gesunder Lebensstil, viele Sozialkontakte und Vitamin D3.***

Aus Komplementärmedizin, Naturheilkunde und Traditioneller Medizin sind zahlreiche Pflanzen und Maßnahmen bekannt, die sowohl in der Prävention als auch in der Frühbehandlung erfolgreich eingesetzt werden können. Außerdem gibt es eine wirksame konventionelle Therapie von COVID-19, beispielsweise entzündungshemmende Medikamente, Antihistaminika, topische oder systemische Corticosteroide, Hydroxychloroquin, Ivermectin, monoklonale Antikörper und Blutgerinnungshemmer. Es sollten nur gut verträgliche, wirksame antivirale Medikamente eingesetzt werden. In unserem beiliegenden Begründungsschreiben stellen wir bewährte Behandlungs-Protokolle vor.

5. Forderung: Die Dominanz einer einzigen, nämlich der virologischen Logik, muss beendet werden. Andere Aspekte, etwa volkswirtschaftliche, soziale, psychologische, pädagogische und ganzheitlich medizinische Betrachtungen müssen einbezogen werden.

Die Dominanz einer einzigen Sichtweise im Umgang mit einem komplexen Problem ist immer unzureichend. Während die

Betrachtung einer Pandemie unter virologischen Gesichtspunkten im Einzelfall nützlich ist, dürfen andere Aspekte nicht einfach ausgeblendet werden.

Wir fordern den Einbezug von Ärzten in patientennahen Disziplinen, zum Beispiel Pädiater, Kinderpsychologen, Internisten, Lungenfachärzte, sowie Ärzten, die eine gesamt-medizinische Sichtweise auf Krankheitsgeschehen haben und zum Beispiel bei der Abklärung von Nebenwirkungen der Impfung und Todesursachen-Ermittlungen unverzichtbar sind wie Pathologen und Rechtsmediziner.

> ***Der immer größer werdende Einfluss von Pharmakonzernen hat zu Abhängigkeiten, unter anderem auch bei der Wahl der „Corona-Strategie", und zu einer enormen Kostensteigerung im Medizinsektor geführt, allerdings ohne eine gleichzeitige Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung zu erreichen.***

Es ist an der Zeit, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die sowohl zur Befreiung von diesen Abhängigkeiten als auch zur wünschenswerten Verbesserung der Volksgesundheit sowie zur Kostensenkung im Medizinsektor beitragen.

Zu einem funktionierenden sozialen Gefüge gehören auch wirtschaftliche, psychologische, soziale, pädagogische und medizinische Belange anderer Art. Der derzeitige politische Umgang mit der Corona-Krise ordnet all diese Aspekte der virologischen Logik unter. Dies halten wir für unklug und politisch fatal.

6. Forderung: Beruhigung der Bevölkerung hinsichtlich ausreichender medizinischer Versorgung für Alle

Die bisherige mediale Präsentation der Pandemie hat bei einem Großteil der Menschen eine nicht zu unterschätzende Angst vor einem „Killervirus" aufgebaut, und die Menschen haben diese

verinnerlicht. Wir wissen aus langjährigen interdisziplinären Forschungen zur innigen Verbindung zwischen Psyche und Immunsystem, dass Angst, neben Stress, ein Hauptfaktor ist, der zur Schwächung des Immunsystems beiträgt. Das einzige natürliche Antidot zu dieser Überaktivierung des Paniksystems auf einer gesellschaftlichen Ebene ist die Aktivierung des physiologischen Gegenspielers, des Affiliationssystems. Dieses führt, zum Beispiel durch soziale Nähe und Geborgenheit, zu Entspannung und zur Gegenregulierung sympathischer autonomer Erregung.

Mediale Panikmache ist in dieser Situation nicht hilfreich. Im Gegenteil sollten Medienmacher ihrer Aufgabe nachkommen, indem sie nicht nur Katastrophenmeldungen verbreiten, sondern vor allem auch auf die Aspekte blicken, die Anlass zur Hoffnung geben. Beispielsweise ist schon lange bekannt, dass ein großer Prozentsatz der Bevölkerung durch Kreuzimmunität gegen andere Coronaviren höchstwahrscheinlich auch Immunität gegen dieses Virus aufweist.

Unseres Wissens ist diese entlastende Nachricht nie aufgegriffen worden. In diesem Sinne sollte eine Entlastung und Entspannung der Bevölkerung eine wichtigere Rolle spielen als das Schüren von Angst und Panik. Die Spaltung der Gesellschaft wird nur durch offenen und respektvollen Diskurs überwunden, nicht durch mediale und politische Einschüchterung.

7. Forderung: Die Medien sollten breitgefächerte umfassende Information bereitstellen, gemäß den im Pressekodex formulierten Ethikrichtlinien für Journalisten, ohne Angst- und Panikerzeugung

Neben einer ausgewogenen Berichterstattung, die auf Diffamierung abweichender Meinungen und wohlbegründete Kritik verzichtet, könnten Beiträge zu Themen wie gesunder Lebensweise und Stärkung des Immunsystems hilfreich sein. Auf Angst und Panik abzielende Berichterstattung ist mit den im „Pressekodex“ formulierten Ethikrichtlinien nicht vereinbar.

8. Forderung: Bereitstellung von Programmen zur Behandlung der durch die Maßnahmen entstandenen physischen und psychischen Traumata, insbesondere für Kinder und Jugendliche

Die langen Lockdown-Maßnahmen und Maskenpflicht sowie die mangelnde Möglichkeit normaler sozialer Beziehungen haben bei vielen Kindern und Jugendlichen zu psychischen Belastungen und manchmal Traumatisierungen geführt. Daher sollten Mittel bereitgestellt werden, um auf gemeindenaher Ebene die Betroffenen therapeutisch und präventiv zu erreichen. Ein erster Schritt wäre die Aufhebung unnötiger Belastungen durch Testungen und Maskenpflicht. Des Weiteren sollten Lehrkräfte und Führungsfiguren in der Jugendarbeit durch entsprechendes Informationsmaterial geschult und gebildet werden. Eine kurzfristige Erhöhung des Angebots an therapeutischen Optionen für Kinder und Jugendliche wäre von Bedeutung. Die impliziten Schuldzuschreibungen, die Kindern die Schuld an der Erkrankung ihrer Angehörigen zuweisen, haben sofort zu unterbleiben. Sie waren von Anfang an sachlich falsch und psychologisch gefährlich.

9. Forderung: Beendigung des Pflegenotstandes durch geeignete Maßnahmen

Die Analysen der vermeintlichen Notlage im Intensivpflegesektor zeigen, dass diese Notlage einem politischen Versagen geschuldet ist. Anstatt ausreichender Bezahlung, guter Arbeitsbedingungen und Anerkennung für Pflegende versuchte man durch dubiose Anreizsysteme für Covid-Gehorsam Ausgleich zu schaffen. Dies sollte sofort beendet werden und das freiwerdende Geld von privaten Trägern auf die faire Bezahlung von Personal und einen höheren Personalschlüssel umgeschichtet werden, damit Dienste besser planbar werden, die Arbeitsdichte reduziert und Bürokratie abgebaut wird.

Die Pflege ist die größte Gruppe von Experten, die am wenigsten

anerkannt sind. Seit der Einführung der DRG Krankenhausfinanzierung ist die Demontage durch rücksichtslose, gewinnorientierte Personalpolitik weiter und weiter vorangeschritten. Der Pflegeberuf muss in allen Bereichen attraktiver gemacht werden. Dies kann nur gelingen, wenn in Führungspositionen erfahrene Kollegen sitzen, die nach wie vor den Kontakt zum Patienten pflegen und wissen, was in der Praxis sinnvoll ist.

10. Forderung: Gewaltenteilung, Recht und Freiheit

Wir fordern die Wiederherstellung der Gewaltenteilung, denn diese wurde in der Coronakrise untergraben. Die Regierung ließ ihren Willen durch das Parlament zu Gesetzen machen. Die Gerichte haben regierungskonform geurteilt, da die Justiz und die Staatsanwälte der Regierung unterstehen und da der Staat die Richter bezahlt und die Gesetze schreibt. So gab es nichts, was die Menschen vor dem Staat geschützt hätte. Als ein Richter ein maßnahmenkritisches Urteil fällte, veranlasste die Staatsanwaltschaft Hausdurchsuchungen bei dem Richter sowie bei den Wissenschaftlern, die auf Einladung des Gerichtes hin Gutachten verfasst hatten.

> ***Wir fordern, dass der Staat nicht die Möglichkeit haben darf, den Menschen alles Mögliche vorzuschreiben, zum Beispiel Masken zu tragen, voneinander Abstand zu halten, sich nicht zu versammeln, ihr Geschäft zu schließen, nur Geimpfte anzustellen oder sich impfen zu lassen.***

Der Staat darf nur das vorschreiben, was die Gerechtigkeit verlangt, zum Beispiel nicht zu stehlen und nicht zu morden.

Wir fordern, dass die Meinungsfreiheit wiederhergestellt wird. Alle vom Staat geförderten Zensurmaßnahmen wie zum Beispiel staatlich finanzierte „Faktenchecker“ und Maßnahmen gegen „Fake

News“ müssen eingestellt werden. Die Benachteiligung von oder Kündigung von Staatsangestellten, die den Maßnahmen kritisch gegenüberstehen, muss aufhören.

Wir fordern die Wiederherstellung der Wissenschaftsfreiheit. In der Coronakrise hat der Staat in den Prozess der wissenschaftlichen Wahrheitsfindung eingegriffen und die Wissenschaft instrumentalisiert. Der Staat darf nicht eine wissenschaftliche These zur Wahrheit erklären und alle Wissenschaftler, die andere Thesen vertreten, ignorieren oder diskreditieren.

Im Namen aller besorgten Mitbürgerinnen und Mitbürger dieses Landes bitten wir Sie inständig, Ihren politischen Einfluss in vollem Umfang geltend zu machen und sich für die Umsetzung der hier genannten Vorschläge einzusetzen!

Nur gemeinsam können wir das lang erhoffte Ende dieser sogenannten „Corona-Pandemie“ und aller damit verbundenen, die Menschen schwer belastenden Maßnahmen erreichen.

Wir bauen auf Ihre Mitarbeit und Solidarität!

Mit herzlichen Grüßen,
für den MWGFD e.V., die **Autoren** in alphabetischer Reihenfolge:

Prof. Dr. med. Sucharit Bhakdi, Kiel, Facharzt für Mikrobiologie und Infektionsepidemiologie, ehem. Direktor des Instituts für Medizinische Mikrobiologie und Hygiene der Johannes Gutenberg-Universität Mainz,
Dr. med. Thomas Binder, CH-Wettingen, Kardiologe, Wettingen, Schweiz
Prof. Dr. med. Arne Burkhardt, Reutlingen, Facharzt für Pathologie, Pathologisches Institut, Reutlingen
Prof. Dr.-Ing. Aris Christidis, Gießen, ehem. Technische Hochschule Mittelhessen, Gießen Fachbereich Mathematik,

Naturwissenschaften und Informatik
Dr. med. univ. Dr. phil. Christian Fiala, Wien, Facharzt für Frauenheilkunde und Geburtshilfe, Arzt für Allgemeinmedizin, Tropenmedizin, Wien
Prof. Dr. med. Dr. phil. Martin Haditsch, Leonding, Facharzt für Mikrobiologie, Virologie und Infektionsepidemiologie
Prof. Dr. Stefan Hockertz, CH-Stein im Aargau, Immuntoxikologe, tpi-consult GmbH
Dr. Renate Holzeisen, Bozen, Südtirol, Rechtsanwältin
Prof. Dr. rer. hum. biol. Ulrike Kämmerer, Würzburg, Humanbiologin, Universitätsklinikum Würzburg
Werner Möller, Stuttgart, Intensivpfleger und Atmungstherapeut, Gründer der Initiative „Pflege für Aufklärung“
Prof. Dr. Werner Müller, Rüsselsheim, Rechnungswesen, Controlling, Steuern, Fachbereich Wirtschaft der Hochschule Mainz
Prof. Dr. rer. nat. Karina Reiß, Kiel, Mikrobiologie, Quincke-Forschungszentrum der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
Univ.-Prof. Dr. med. Dr. rer. nat. M. Sc. Christian Schubert, Innsbruck, Department für Psychiatrie, Psychotherapie, Psychosomatik und Medizinische Psychologie. Medizinische Universität Innsbruck
Prof. Dr. Martin Schwab, Bielefeld, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Verfahrens- und Unternehmensrecht, Universität Bielefeld
Univ.-Prof. Dr. med. Andreas Sönnichsen, Salzburg, ehem. Abteilung für Allgemeinmedizin und Familienmedizin, Medizinische Universität Wien
Priv. Doz. Dr. med. Josef Thoma, Berlin, HNO-Arzt
Prof. Dr. Dr. Daniel von Wachter, Mauren (Liechtenstein), Philosoph und Theologe
Prof. Dr. Harald Walach, klinischer Psychologe, Gesundheitswissenschaftler, Leiter des Change Health Science Instituts, Berlin"
Dr. med. Ronald Weikl, Passau, Facharzt für Frauenheilkunde und Geburtshilfe, Praktischer Arzt, Naturheilverfahren
Dr. Wolfgang Wodarg, Warder, Facharzt für Innere Medizin,

Pulmonologie, Sozial- und Umweltmedizin, ehem. Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Korrespondenz:
Gesellschaft „Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie e.V.“

Redaktionelle Anmerkung: Dieser Brief erschien zuerst unter dem Titel **„Das MWGFD-Corona-Ausstiegskonzept “** (https://www.mwgfd.de/das-mwgfd-corona-ausstiegskonzept/) auf der Seite der **Gesellschaft „Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit,**
Freiheit und Demokratie e.V.“ (https://www.mwgfd.de/).

Quellen und Anmerkungen:

Wir machen Sie darauf aufmerksam, dass die Namen der Empfänger dieses Schreibens auf der MWGFD-Webseite **veröffentlicht** (https://www.mwgfd.de/das-mwgfd-corona-ausstiegskonzept/) werden. Unter diesem Link ist auch das Ihnen mit diesem Brief zugesandte Begründungsschreiben, digital abrufbar. Nähere Begründungen und Literaturhinweise finden Sie in diesem begleitenden Dokument. Dabei können die genannten Quellen mit einem Mausklick einfach aufgerufen werden.

Webseite der Gesellschaft der Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie e.V.: **www.mwgfd.de** (http://www.mwgfd.de)

Dieser Artikel erschien bereits auf www.rubikon.news.

Die Gesellschaft der „Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie“ (MWGFD e.V.) ist ein Zusammenschluss von Ärzten und anderen medizinisch tätigen Personen mit Wissenschaftlern, die sich in Forschung und Lehre mit den Themen Gesundheit, Freiheit und Demokratie beschäftigen, um dem gesundheitlichen und sozialen Wohl der Bevölkerung zu dienen.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz** (**Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International** (https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de)) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.